



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Obdachlose und finanzschwache Menschen bei aktuellen Corona-Hilfen ausreichend berücksichtigen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, bei Hilfsangeboten und Finanzhilfen im Zuge der Corona-Pandemie ein besonderes Augenmerk auf Obdachlose und Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen zu legen. Hierfür sind u.a. folgende Maßnahmen sinnvoll und notwendig:

- Die Schaffung zusätzlicher Unterbringungsplätze für obdachlose Menschen, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, ebenfalls „zu Hause“ bleiben zu können und ihnen den Zugang zu sanitären Anlagen zu sichern.
- Die Einführung eines zeitbegrenzten Zuschlags von 100 Euro monatlich für Hartz IV-BezieherInnen und für Menschen, die Grundsicherung im Alter beziehen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie stellt auch Schleswig-Holstein vor eine nie dagewesene Herausforderung. Die bereits beschlossenen Nothilfen sind beispiellos und richtig. Auch die aktuell geplante Hilfe in Höhe von 3 Millionen Euro für Träger sozialer Einrichtungen, die sich um Menschen in Notlagen kümmern, ist sinnvoll. Denn sie kommt besonders den Tafeln und der Hilfe für Obdachlose zugute.

Ansonsten profitieren aber vor allem Unternehmen und ArbeitnehmerInnen von den Hilfsangeboten des Landes. Doch auch finanzschwache und obdachlose Menschen sind durch die aktuelle Krise akut betroffen. Obdachlose brauchen z.B. geschützte Schlafplätze, an denen sie sicher vor Ansteckung sind. Noch dazu fallen ihre ohnehin begrenzten Einnahmequellen (etwa durch den Verkauf von Straßenzeitschriften)

weitestgehend weg. Die für sie zuständigen Hilfseinrichtungen sind teilweise geschlossen und der Druck auf die Tafeln steigt. Und für viele Familien mit geringen Einkommen wird das Leben allein dadurch teurer, dass ihre Kinder nun nicht mehr in der Kita oder in der Schule versorgt werden können. Auch für ältere Menschen haben sich die Bedingungen dergestalt geändert, dass sie oft auf kostspieligere Lieferungen und Leistungen während der Corona-Pandemie angewiesen sind.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend geboten, auch diejenigen verstärkt in den Blick zu nehmen, die schon ohne Krise keine besonders große Lobby haben. Diese Menschen dürfen durch die aktuelle Situation nicht noch zusätzlich belastet werden.

Flemming Meyer

und die Abgeordneten des SSW